

Posenener Tageblatt



Bezug: in Posen monatlich durch Boten 5,50 zł, in den Ausgabestellen 5,25 zł, Postbezug (Polen u. Danzig) 5,36 zł, Ausland 8 zł einschl. Postgebühren. Einzelnummer 0,25 zł, mit illust. Beilage 0,40 zł.
Anzeigen: im Anzeigenteil die achtgespaltene Millimeterzeile 17 gr im Textteil die viergespaltene Millimeterzeile 75 gr. Sonderplatz 50% mehr. Ausland 100%. Aufschlag. — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenbedingungen: Für das Erscheinen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen und für die Aufnahme überhaupt kann nicht Gewähr geleistet werden. — Keine Haftung für Fehler infolge undeutlichen Manuskriptes. — Anschrift für Anzeigenaufträge: Kosmos Sp. z o. o., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6. — Fernsprecher: 6823, 6275, 6105. — Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posenener Tageblatts“, Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, zu richten. Fernsprecher 6105, 6275. — Telegrammannschrift: Tageblatt Poznań. — Postfachkonto in Polen: Poznań Nr. 200283, in Deutschland: Breslau Nr. 6184.



Illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“

„Die Welt der Frau“

Tägliche Unterhaltungsbeilage „In freier Stunde“

68 Jahrgang

Sonabend, den 12. Januar 1929

Nr. 10

Berichtigung.

Das Ministerium für Industrie und Handel sendet uns mit dem Datum vom 9. Januar 1929 folgendes Schreiben:

Na zasadzie art. 32 rozporządzenia Prezydenta Rzeczypospolitej z dn. 10 maja 1927 r. o prawie prasowym (Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej P. Nr. 1 z dn. 4 stycznia 1928 r.), Ministerstwo Przemysłu i Handlu prosi o zamieszczenie w najbliższym numerze pisma Panów w tym samym dziale i takimi samymi czcionkami, co poprzednia wiadomość, następującego sprostowania:

„Wobec ukazania się w „Posener Tageblatt“ informacji o rzekomym pobycie Pana Ministra Przemysłu i Handlu, E. Kwiatkowskiego, w Czarnkowie, Ministerstwo Przemysłu i Handlu stwierdza, że informacja ta jest absolutnie niezgodna z prawdą, gdyż Pan Minister Kwiatkowski nigdy w Czarnkowie nie był.“

Szef Sekretariatu Ministra.
(Unterschrift unleserlich.)

Erklärung.

In der am Sonntag, dem 6. d. Mts., stattgefundenen Generalversammlung des Polnischen Journalisten-Syndikats für Schlesien und das Dombrowaer Revier wurde eine Resolution angenommen, in der den deutschen Journalisten der Wojewodschaft Schlesien Mangel an gutem Willen, Loyalität und Taktlosigkeit vorgeworfen wurde. Dadurch sei die Beendigung der aufgenommenen Verhandlungen zur Schaffung eines gemeinsamen Syndikats unmöglich gemacht worden. Demgegenüber erklären wir:

1. Die deutschen Journalisten der Wojewodschaft Schlesien haben mehrfach ihre Bereitwilligkeit zum Beitritt in das Syndikat zu erkennen gegeben. Bis heute wurden ihnen von Seiten des Syndikats keine Fälle mitgeteilt, die eine Fortführung und Beendigung der angebotenen Verhandlungen hätten unmöglich machen können.

2. Den Vorwurf der Loyalität und Taktlosigkeit gegenüber dem Syndikat weisen wir als durch nichts begründet zurück. Die einseitige Darstellung von Vorgängen, zu deren Aufklärung wir bisher nicht herangezogen wurden, kann einen solchen Vorwurf nicht rechtfertigen.

3. Der Eintritt der deutschen Journalisten der Wojewodschaft Schlesien in das Polnische Journalisten-Syndikat für Schlesien und das Dombrowaer Gebiet kommt nur unter Wahrung der vollen Gleichberechtigung und unter Zustimmung freier Meinungsäußerung in der Presse in Frage. Für den Verband der deutschen Redakteure in Polen.

(—) Dr. Pant. (—) Dr. Krull.

Privilegien.

Das „Posener Tageblatt“ Nr. 9 vom 11. 1. wegen des Artikels des Herrn Sejmabgeordneten Graebe „Nachträge zu Lugano“ beklagt worden. Es ist dies also die zweite Beklagnahme in diesem Jahre, denn wie wir bereits gestern gemeldet haben, ist auch die Nr. 8 vom 10. 1. beklagt worden, und zwar wegen des Artikels „Wie Auschankonzeptionen entzogen werden“.

Veränderungen?

Harthäufige Gerüchte.

Warschau, 11. Januar. (Eigenes Telegramm.) Die Gerüchte über Änderungen innerhalb des Kabinetts dauern an. Es wird behauptet, Finanzminister Czerwinski werde zurücktreten und zum Präsidenten der Landwirtschaftsbank gemacht werden. Gegenwärtig ist Präsident der Bank General Górecki, der als Führer des Regierungsbündnisses so nahe steht, daß an eine Abiegung Góreckis von seinem Posten nicht zu denken ist. Dann soll der Präsident der Bank Polski, Karpinski, zurücktreten; angeblich habe Ministerpräsident Bartel selbst die Abiegung Polski von seinem Posten zu werden, was durchaus ungläubhaft klingt. Daß aber Reformbestrebungen innerhalb des Kabinetts vorhanden sind, ist wohl kaum abzuleugnen. Doch die Zeit wird beweisen, ob diese Reformbestrebungen wirklich zu weiteren Veränderungen auf Ministerposten führen werden. Der zugegen auf Ministerposten führen werden. Der zugegen auf Ministerposten führen werden. Der zugegen auf Ministerposten führen werden.

Polens Antwort an Rußland.

(Telegramm unseres Warschauer Berichterstatters.)

Warschau, 11. Januar.

Gestern abend um 1/10 Uhr wurde die polnische Antwort auf die russische Note durch den polnischen Geschäftsträger in Moskau, Zieleski, überbracht. Die polnische Antwortnote äußert zunächst einmal das Erstaunen der polnischen Regierung darüber, daß in der russischen Note Vorwürfe an die polnische Regierung wegen des Nichtzustandekommens des Nichtangriffspaktes gerichtet worden seien. Die polnische Regierung will auf Einzelheiten hier nicht eingehen, sie sagt nur, daß die in der russischen Note gegebene Darstellung unrichtig sei. Die Regierung erklärt sich prinzipiell bereit, den russischen Vorschlag anzunehmen, sie hat jedoch gegenwärtig den russischen Vorschlag einer eifrigen Prüfung unterzogen, und auf Grund dieser Prüfung möchte sich die Regierung das Recht vorbehalten, an dem russischen Antrag einige wichtige Änderungen vorzunehmen.

Artikel 3 des Kellogg-Paktes bestimmt, daß alle Unterzeichner zunächst den Vertrag ratifizieren. In dem Augenblick, in dem alle Ratifikationen erfolgt sind und die Ratifikationsurkunden in Washington niedergelegt werden, tritt der Kellogg-Pakt selbst in Kraft. Aus diesen Bestimmungen heraus leitet die polnische Regierung ab, daß der Ratifikationsakt solidarisch erfolgen muß. Die polnische Regierung hat die Hoffnung, daß in kurzer Zeit die Ratifizierung erfolgen werde. Augenblicklich aber hat noch keine der Mächte, selbst die Urheber des Kellogg-Paktes noch nicht, die Ratifizierung vorgenommen. Sie hofft aber, daß eine Klärung der Lage bald erfolgen werde, die auch der polnischen Regierung gestatten werde, ihre Stellungnahme zu dem russischen Vorschlag genau zu präzisieren.

Die polnische Regierung fühlt sich sehr geehrt, daß die russische Regierung hinsichtlich des Kellogg-Paktes zwischen ihr und den übrigen Staaten einen Unterschied mache. Aber sie ist sehr erstaunt, daß die russische Regierung es unterlassen hat, sich mit dem gleichen Vorschlag an die direkt benachbarten Länder Finnland, Estland, Lettland und Rumänien zu wenden. Dagegen habe sich Rußland an Litauen

gewandt, mit dem es noch nicht einmal direkt benachbart ist. Das erschwert die Lage der polnischen Regierung, und das um so mehr, als sowohl Rumänien wie auch die übrigen Staaten in der einen oder anderen Form ihre Bereitschaft erklärt haben, dem Kellogg-Pakt beizutreten.

Die polnische Regierung erinnert die Sowjetregierung daran, daß sie immer auf dem Standpunkt einer kollektiven Behandlung des Sicherheitsproblems im Osten Europas gestanden hat, denn nur eine derartige Kollektivbehandlung könne die Garantie für die Aufrechterhaltung des Friedens geben. Polen hält es deshalb für ihre Pflicht, sich direkt an die genannten Länder zu wenden, um ihre Meinung hinsichtlich des russischen Vorschlags kennen zu lernen und gleichzeitig ihre Stellungnahme gegenüber einer eventuellen Unterzeichnung des Protokolls zwischen Polen und Rußland zur sofortigen Inkraftsetzung des Kellogg-Paktes, wie es die russische Regierung vorschlägt, kundzugeben.

Zu dieser Note ist folgendes zu sagen: Die polnische Regierung ist dem Vorschlag Rußlands, den Kellogg-Pakt in Kraft zu setzen, nicht abgeneigt. Sehr geschickt aber weiß Polen den Vorschlag zu verzögern, indem es die Absicht ausspricht, sich mit sämtlichen Nachbarstaaten beraten zu wollen. Ehe diese Beratungen abgeschlossen sind, dürften Monate vergehen. Daß Polen die Meinung seiner Nachbarstaaten, vor allen Dingen Rumaniens, einholen will, wird ihm niemand verübeln. Dann aber fordert Polen ein Kollektivverfahren zwischen sämtlichen Staaten. Polen vertritt die Ansicht, daß ein Nichtangriffspakt kollektiv unterzeichnet werden müsse, und zwar derart, daß auf der einen Seite Polen und die Baltischen Staaten, auf der anderen Seite Rußland unterzeichne. Rußland hat dieses Verfahren stets als den Versuch Polens angesehen, sich eine Führerschaft gegenüber Rußland unter den Baltischen Staaten verschaffen zu wollen. Rußland hat deshalb stets energisch dieses Verfahren abgelehnt. Wenn nun Polen das Kollektivverfahren hinsichtlich des Kellogg-Paktes für Rußland vorschlägt, so kann man sich im voraus berechnen, wie dieser Vorschlag in Rußland aufgenommen werden wird.

Die Sitzungen der Reparationskommission.

Die Experten noch nicht ernannt.

Paris, 10. Januar. Amtlich wird berichtet: Die Reparationskommission ist heute vormittag um 10.30 Uhr zusammengetreten, aber entgegen ihrem früher gefaßten Beschluß hat sie sich darauf beschränkt, den Text betreffend die Zusammenfassung und Befugnisse des Expertenkomitees, das mit der endgültigen Regelung des Reparationsproblems betraut wird, fertigzustellen, ohne die Sachverständigen selbst zu ernennen. Die Reparationskommission hat sich zu diesem Zweck auf heute nachmittag 16.30 Uhr vertagt, um dann die Ernennung der Sachverständigen Belgens, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans vorzunehmen.

In einer weiteren Pariser Meldung wurde davon gesprochen, daß die Reparationskommission in ihrer heutigen Nachmittagssitzung auch die amerikanischen Sachverständigen ernennen würde. Wie wir erfahren, trifft dieses jedoch nicht zu.

Ueber die weitere Entwicklung der technischen Konsolidierung der neuen Sachverständigenkonferenz werden Mitteilungen verbreitet, die mit einer gewissen Vorsicht entgegenzunehmen sind. Die Frage des Vorsitzes im neuen Sachverständigenkomitee ist selbstverständlich eine Angelegenheit der Konferenzteilnehmer selbst. Wie bei allen derartigen Gelegenheiten dürfte auch bei dieser Konferenz ein sogenanntes Bureau oder Generalsekretariat errichtet werden. Daß in dieses Bureau ein Mitglied der Reparationskommission eintreten soll, beruht aber offenbar auf einem Mißverständnis. Es besteht die Möglichkeit, daß der Bureau direktor der Reparationskommission zum Eintritt in das Bureau der neuen Sachverständigenkommission aufgefordert werden wird. Man muß aber festhalten, daß es sich bei dem Bureau direktor der Repto nicht um ein Mitglied der Reparationskommission, sondern nur um einen rein

technischen Beamten handelt, wie ja auch zum Beispiel der Direktor des Reichstages kein Mitglied des Parlaments ist.

Washington und die Sachverständigenfrage.

London, 11. Januar. (R.) Wie „Times“ aus Washington melden, heißt es dort, daß die Besprechungen, die Parker Gilbert im amerikanischen Schatzamt und anderen Beamten gehabt hat, gute Ergebnisse gezeitigt haben. Auch der Gedankenaustausch zwischen dem britischen Botschafter in Washington und dem Staatsdepartement soll dazu beigetragen haben, die Frage der Ernennung der amerikanischen Mitglieder des neuen Sachverständigenausschusses zu klären. Eine endgültige Mitteilung zu dieser Frage wird Ende dieser Woche erwartet. Die Frage des Vorsitzes der Sachverständigenkommission werde in ihrer ersten Sitzung entschieden werden.

Ein englischer Liberaler über die Notwendigkeit entschiedener Friedenspolitik.

London, 11. Januar. (R.) Der liberale Führer Lord Beauchamp erklärte in einer Rede in Manchester, in der er die dringende Notwendigkeit einer Politik des Friedens betonte: Ein Merkmal der konservativen Politik, das zu ernstester Besorgnis Anlaß gibt, ist, daß wir ständig in eine Atmosphäre des Krieges zurückgleiten. Welchen Wert hat es, über den Frieden zu reden, wenn unsere Heere weiterhin innerhalb der Tore Deutschlands stehen? Frankreichs und englische Heere halten zusammen Manöver auf deutschem Boden ab. Amerika ist argwöhnisch und Italien ist offen beunruhigt. Wenn Ihr Frieden wollt, müßt Ihr die Niederlage der Konservativen vorbereiten.

Reparationsforderungen einst und jetzt.

„L'Allemagne payera.“ — Französische Kleinrentnerwünsche. — Die neuesten offiziellen Zahlen. — Amerikanische Imponderabilien. (Von unserem Berichterstatter.)

(Nachdruck verboten!)

f. London, 8. Januar 1929.

In der deutschen Jugendliteratur gibt es ein Gedicht, dessen sinnbildliche Bedeutung auf die phantastische, psychologisch interessante Entwicklung der alliierten Reparationsforderungen Anwendung finden kann. Es handelt von dem Knaben, der seinem Vater erzählt, einen Hund gesehen zu haben, der die Größe einer Kuh besäße. Der kluge Vater macht seinen Sohn darauf aufmerksam, daß sie in wenigen Augenblicken eine Brücke passieren müßten, die einstürzen würde, falls der Sohn die Unwahrheit gesagt habe. Dem Jungen ist der Schrecken in die Glieder gefahren und meint, der Hund sei vielleicht nur so groß gewesen wie ein Esel. Frik, Frik, die Brücke kommt, warnt der Vater, worauf der Hund nur noch die Größe einer Ziege besitzt. Die Geschichte endet angesichts der auftauchenden Brücke mit dem Eingeständnis des gänzlich zerknirschten Knaben, es sei ein Hund wie alle anderen Hunde gewesen. Die Brücke ist Deutschlands Zahlungsfähigkeit; auch diese Brücke wird einstürzen, falls Vernunft und wirtschaftliche Einsicht nicht die Oberhand behalten und die alliierten „Gläubiger“ ihre immer noch sinnlosen Forderungen auf ein vernünftiges Maß zurückschrauben. Auch Deutschland ist nur ein Land wie alle anderen, das nicht mit übernatürlichen wirtschaftlichen Kräften ausgestattet ist, um aus einem Nichts ein Etwas zu machen. — Wenn man heute die Forderungen, die die alliierten Gläubiger im Laufe der verflochtenen zehn Jahre gestellt haben, graphisch darstellt, so könnte man glauben, die Kurve eines an tropischem Fieber Erkrankten vor sich zu haben. Und dennoch muß die Entwicklung, den Umständen gemäß, noch als „gut“ bezeichnet werden, wenn man bedenkt, daß noch zu Beginn des Jahres 1919 in Paris Leute, die in ihrem Lande den Ruf besaßen, Fachleute zu sein, eine jährliche Reparationsleistung Deutschlands in Höhe von 10–15 Milliarden Mark für durchaus im Bereiche des Möglichen liegend hielten.

Die Reparationsfrage wurde von den Alliierten zum ersten Mal am 2. November 1918 offiziell behandelt, wenige Tage vor dem Waffenstillstand, als der Oberste Kriegsrat in Paris bei den Vorbesprechungen für die Friedensverhandlungen mit Deutschland beschloß, sich von den Grundrissen leiten zu lassen, die Wilson in seiner Rede vom 8. Januar 1918 dargelegt hatte und die seitdem als die „Vierzehn Punkte“ berühmt oder, besser gesagt, berüchtigt worden sind. Deutschland sollte aufgefordert werden, den der Zivilbevölkerung der alliierten und assoziierten Mächte verursachten Schaden wieder gutzumachen. Die Worte „Wiedergutmachung von Schäden“ sollten deshalb ohne irgend welche zusätzliche Bemerkung in die Waffenstillstandsbedingungen aufgenommen werden. Später jedoch, als die deutsche Widerstandsfähigkeit immer offenkundiger wurde, beeilte man sich, eine Hintertür herzustellen durch Einfügen eines Hinweises auf „das Recht der Alliierten und der Vereinigten Staaten, auch andere Entschädigungen = Forderungen zu stellen“. Als Folge hiervon begannen

die alliierten Wünsche gewaltig anzuschwellen. Zum Unglück für alle Beteiligten hatte es die militärische Lage zu Ende des Krieges mit sich gebracht, daß gerade die französische Hauptstadt geographisch der gegebene Mittelpunkt für alle Reparationsbetrachtungen war. Hier gingen die Wogen der Siegesbegeisterung außerordentlich hoch und eine vier Jahre währende, gewissenlose und über alle Maßen zersetzende Propaganda trug endlich ihre Früchte. Auch die in Paris weilenden und ihres Amtes wartenden angelsächsischen Vertreter blieben von den Rückwirkungen dieser jeder Vernunft und Einsicht den Weg versperrenden Erregung nicht verschont. Die französische Volksleidenschaft war entfesselt, man schrie nach Rache. Vier lange Jahre war den Franzosen in jeder Zeitungspalte gepredigt worden, daß der Boche alles, aber auch alles zahlen würde. Jetzt war der Augenblick gekommen, wo jede französische Kleinrentnerseele Befriedigung verlangte, Zinsen bis ans Lebensende. Für die alliierten Sachverständigen wurde das Problem angefaßt dieser unmeßbaren Wünsche — von der deutschen Zahlungsfähigkeit war bis dahin überhaupt noch nicht gesprochen worden — so verwickelt, daß man davon Abstand nahm, die deutsche Gesamtschuld in den Friedensvertrag aufzunehmen. Diese Aufgabe wurde der Reparationskommission überlassen. Nach einer bitteren Auseinandersetzung, nicht nur mit dem natürlichen Widerstand der deutschen Regierung, sondern auch unter den Alliierten selbst, einigte sich die Reparationskommission mehr oder weniger quadratisch auf die Summe von 132 Milliarden Goldmark. Der deutschen Regierung wurde am 27. April 1921 amtlich mitgeteilt, daß Deutschland diesen Betrag den Alliierten gemäß Artikel 232 des Friedensvertrages schulde. Wie lächerlich diese Zahl heute, nach fast sieben Jahren, wirkt, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß die im Dawesplan vorgesehenen Standardannuitäten von 2½ Milliarden nicht einmal ausreichen würden, um auch nur die Zinsen einer so phantastischen Summe zu zahlen, geschweige denn das Kapital zu amortisieren. Der Entscheidung der Repko folgte ein bewegter Zeitechnitt, der in der französisch-belgischen Ruhrbesetzung seinen Höhepunkt fand. Das Londoner Protokoll vom 16. August 1924 setzte den Dawesplan in Kraft, dem das Verdict zugesprochen ist, die Reparationsfrage wenigstens für den Augenblick aus der unsicheren Sphäre der Politik in das ruhigere Gebiet der wirtschaftlichen Einsicht verlegt zu haben. Aber die Frage der Festlegung einer Gesamtsumme war noch offen gelassen worden.

Dies wird Aufgabe der Sachverständigenkonferenz sein, die voraussichtlich Anfang Februar dieses Jahres in Paris erstmalig zusammentritt. Leider hat die rückläufige Bewegung, die die Reparationsfrage insofern nahm, als man auf alliierter Seite immer mehr von den unvernünftigen früheren Forderungen abließ, durch den Bericht des Reparationsagenten zum mindesten eine Unterbrechung, wenn nicht eine Umkehr erfahren. Auch in England gibt es Leute, die den übermäßigen Optimismus Gilberts mit dem Hinweis erklären wollen, der Reparationsagent habe der Kommerzialisierung der Reparationsschuld in Amerika den Boden bereiten wollen. Der enge Zusammenhang Parker Gilberts mit dem Hause Morgan gibt dieser Begründung hohe Wahrscheinlichkeit. Morgan wird voraussichtlich das Reparationsgeschäft machen wollen. Seine Hauptwiderwärtigkeiten dürften die amerikanischen Privatgläubiger sein, die an einem unbehinderten Gedeihen von Deutschlands Wirtschaft größtes Interesse haben. Aus diesen beiden entscheidenden Momenten heraus ist Gilberts Bericht in England mit gemischten Gefühlen aufgenommen worden, wenigstens in den Kreisen, die wirklich wissen, was gespielt wird. Daß das offiziöse England sachlich bzw. ziffernmäßig mit Gilbert, der einen Rückfall in die Auffassungen und Methoden der Jahre 1920 bis 1922 heraufbeschworen hat, nicht übereinstimmt, ergibt sich aus folgendem:

Parker Gilbert erklärt von den 660 Millionen Reichsbahnannuität und den 290 Millionen Mark Beförderungssteuer, daß sie den Rahmen der Leistungsfähigkeit der Deutschen Reichsbahn nicht übersteigen. Er stellt ferner fest, daß die

unmittelbare Belastung des Reichshaushaltes, die 1250 Millionen im Jahr ausmacht, erschwinglich sei und daß darüber hinaus die deutschen Steuerquellen noch nicht erschöpft seien. Mit anderen Worten, Gilbert bescheinigt Deutschland eine jährliche Leistungsfähigkeit von mindestens 2,2 Milliarden Mark. Demgegenüber bemerken die „Times“ in einem offenbar offiziös inspirierten Artikel, der der allgemeinen Aufmerksamkeit entgegen zu sein scheint, etwa folgendes: die jährlichen Schuldentrückzahlungen der Alliierten an die Vereinigten Staaten steigen

von einer Milliarde im Jahre 1930 auf 1,4 Milliarden im Jahre 1940. Sie erreichen in den Jahren 1980—87 eine Höhe von mehr als 1,6 Milliarden. Daraus ergibt sich, wie die „Times“ weiter bemerken, daß, selbst wenn die Dawesannuitäten vermindert werden (die im Standardjahr 2500 Millionen Mark betragen) immer noch eine wesentliche Summe für Wiederaufbauzwecke übrig bleibt. — Für Deutschland bleibt nur zu hoffen, daß auch hiermit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist.

Ein schwerer Gang.

Ein Gespräch.

Von Angel Schmidt.

Der Jahresbericht des Reparationsagenten Parker Gilbert rief in Deutschland scharfe Kritik, in Frankreich großen Jubel hervor. Da er, kurz vor dem Zusammentritt der zweiten Dawes-Kommission abgefaßt, erhöhte Bedeutung besitzt, holte ich die Meinung meines diplomatischen Gewährsmanns ein.

Was denken Sie über den Bericht des Reparationsagenten?

Parker Gilbert hat recht, wenn er auf die scharfe Kritik von deutscher Seite antwortete, Deutschland sollte den deutschen Text abwarten, ehe es ein definitives Urteil fällt. Denn, manches, was die deutsche Presse vermisst, würde in ihm zu finden sein. Man ist gewiß nicht indiscret, wenn man sagt, daß der Reparationsagent selbst der Ansicht sei, der Transfer könne auf die Dauer nicht funktionieren, wenn es nicht Deutschland gelänge, eine aktive Zahlungsbilanz herzustellen. Bisher ist meist mit der Baluta aus amerikanischen Anleihen transferiert worden. Eine solche Zahlungspolitik mit geliehenen Geldern, kann nicht ad infinitum fortgesetzt werden.

Andererseits hat Parker Gilbert gewiß recht, wenn er feststellt, Deutschland habe seit Bestehen des Dawesabkommens große Fortschritte gemacht. Das aber war ja auch der Zweck dieser Regelung. Denn dazu befand doch Deutschland eine Anleihe und vier Jahre Schonzeit mit verminderten Abzahlungen. Inzwischen sollte es seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau vollziehen, ohne den an größere Reparationszahlungen nicht zu denken war. Wenn man nur die Lage der Inflation mit der Zeitzeit vergleicht, wird man leicht dazu kommen, ein rosiges Bild zu entwerfen. Der deutsche Arbeitswille und die deutsche Arbeitsleistung haben in der Tat Großes geschaffen. Aber auch die Opfer sind schwer gewesen. Nicht nur der gesamte Mittelstand blieb auf der Strecke, auch die Wirtschaft, die durch die Inflation zum Teil ihre Substanz hindurch gerettet hatte, zehrte in der letzten Zeit stark von ihr. Kohlen- und Eisenindustrie und die Landwirtschaft sind leidend geworden und rentieren nicht mehr. Um das Gleichgewicht im Budget, trotz der ansteigenden Reparationszahlungen (jetzt 2,5 Milliarden Mark) aufrecht zu erhalten, wurde ein Steuerdruck eingeführt, der auf die Dauer schwere Schäden hervorrufen muß. Diese Schatten, die die Zukunft verdüstern, werden im Bericht Parker Gilberts nicht genügend gewertet. Gewiß kann der Reparationsagent erwidern, er hätte nur das Jahr 1928 und nicht die Zukunft zu kritisieren.

Wird Deutschland auf die Dauer derartige Leistungen tragen können?

Nein. Deutschlands Handelsbilanz war zwar auch vor dem Kriege um einige Hundert Millionen Mark passiv. Es erhielt aber aus dem Gewinn seiner Schiffsahrtlinien und dem im Ausland angelegten Kapital ca. zwei Milliarden Zinsen. Mit diesen wurde die Zahlungsbilanz nicht nur aktiv gemacht, sondern es blieben noch etwa 1,5 Milliarden Mark für Neuinvestitionen und innere Anleihen übrig. Da die Entente unsere Auslandsguthaben, bis auf die nicht allzu großen Summen in den neutralen Ländern, liquidiert hat, fehlen Deutschland diese Summen zum Ausgleich. Dazu kommt, daß die deutsche Handelsbilanz nicht mehr um einige Hundert Millionen Mark, sondern um zwei Milliarden Mark passiv ist. Wie soll nun Deutschland diesen jährlichen Substanzverlust tragen, wenn dazu noch die 2,5 Milliarden Mark Reparationen kommen?

Glauben Sie, daß man die deutschen Eisenbahnen- und Industrieobligationen jetzt kommerzialisieren wird?

Ich halte es für ausgeschlossen, daß die ganze Summe mit einem Mal auf den Markt gebracht wird. Dazu kommt, daß der Transfer-schuh aufhören soll. Als ehrlicher Schuldner darf Deutschland nur so viel Zinsen zu zahlen übernehmen, als es ohne Gefährdung der Baluta leisten kann. Wenn sich die Sachverständigen gründlich in diese Materie hineinfühlen werden, so glaube ich, wird die festgesetzte Summe kleiner ausfallen, als es sich jetzt mancher Finanzmann der Entente erträumt.

Was aber geschieht, wenn die Daweskommission zu keiner Einigung kommt?

Dann bleibt es beim bisherigen Dawesabkommen. Ob diese aber noch lange funktionieren kann, ist fraglich. Zwar wird Deutschland bei rückständigen Anleihen der Steuergründe noch einige Male die 2,5 Milliarden Mark aus seiner Wirtschaft herauspressen können. Ob jedoch der Reparationsagent die Möglichkeit haben wird, diese Summen zu transferieren, wird nicht allein in deutschen Kreisen bezweifelt. Im Dawesabkommen ist dieser Fall vorgesehen. Sobald der Reparationsagent 5 Milliarden Mark angeliefert hat, die er nicht transferieren kann, so hören die deutschen Leistungen auf. Man soll sich nicht einbilden, daß für Deutschland damit ein Idealzustand erreicht wäre. Ganz abgesehen davon, daß das Dawesabkommen rückständige Vorkleistungen enthält, um den eingefrorenen Transfer wieder aufzutauen, würde ohne Zweifel ein sofortiges Zurückziehen des kurzfristigen ausländischen Reichtums einsetzen. Das würde zu schweren Erschütterungen führen. Ohne die lang- und kurzfristigen Leihgelder kann die deutsche Wirtschaft bei dem großen Mangel an eigenen Betriebsmitteln nicht regelmäßig funktionieren. Wenn aber auch die Sachverständigen zu einem gemeinsamen Vorschlag kommen sollten, liegt die endgültige Entscheidung bei den Regierungen. Es wird also noch viele Monate dauern, bis Deutschland erfährt, nicht nur, wie viel es für den verlorenen Krieg zu zahlen haben, sondern auch, ob es überhaupt seine Finanzhoheit wiedererlangen wird.

Was halten Sie von Parker Gilberts Vorschlag der Goldlösung der Noten?

Ich glaube nicht, daß man auf diesen Vorschlag eingehen darf. Der Goldschatz der Reichsbank ist zwar erfreulich angewachsen. Bei der deutschen Finanzwelt herrscht jedoch die einstimmige Ansicht, daß der Schrecken der Inflation noch zu stark in den Gliedern des deutschen Volkes steckt, um schon jetzt einen solchen Schritt zu wagen. Es würde viel zu viel gehamstert, und die Baluta würde dadurch einer zu schweren Belastung ausgesetzt werden. Wohl aber hält man es für möglich, Gold in Barren in größeren Posten (von ½ Million Mark an) abzugeben, um plötzliche Kurs-schwankungen auf dem internationalen Geldmarkt zu vermeiden.

Dr. Schacht und Dr. Voegler fällt eine gewaltige Aufgabe zu. Auf keinen Fall sind sie um diese zu beneiden. Sie werden es im günstigsten Fall erreichen, der nächsten Generation eine zentnerschwere Last auf die Schultern laden zu müssen.

Wünschlein, Wünschlein, Ihr geht einen schweren Gang!

Polen zur See.

Wieder einmal ein „deutsches Verbrechen“.

Am Montag vormittag stieß in der Danziger Bucht der deutsche Dampfer „W. C. Frohne“, der der Hamburg-Stettiner Dampfschiffahrtsgesellschaft, Flensburg, gehört und in Flensburg beheimatet ist, etwa zwei Meilen vor Hela mit dem polnischen Fischkutter „Bor 49“ aus Heisterneft zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde der Kutter so led, daß er in kurzer Zeit sank. Von den vier Fischern, die sich an Bord befanden, konnten durch die Befragung des Dampfers drei gerettet werden. Ein Fischer ertrank.

Auf See soll es strichweise sehr neblig gewesen sein, so daß das Fischerboot vom Dampfer aus nicht gesehen werden konnte. Der Dampfer „W. C. Frohne“, der sich auf der Fahrt von Stettin nach Danzig befand, ist Montag 1½ Stunden nach der Kollision, um 12½ Uhr in Neufahrwasser eingetroffen. Hier legte der Führer des Schiffes, Kapitän Schmidt, sofort Verklarung ab.

Dieser Unglücksfall wird von der gesamten polnischen Presse in geradezu lächerlich tendenziöser Weise — ähnlich der „Sachsen“-Affäre im Gdinger Hafen — zur Hege gegen die deutsche Befragung des Dampfers ausgenutzt. Die

Ueberschriften dieser an hervorragender Stelle gebrachten Meldung lauten beispielsweise: „Verbrechen eines deutschen Dampfers bei Hela“, „Ein deutscher Dampfer versenkt einen polnischen Kutter“ usw. Außerdem wird in allen polnischen Blättern behauptet, der deutsche Dampfer wäre weitergefahren, ohne Rettungsversuche zu unternehmen — was sich als glatte Lüge herausgestellt hat. Im übrigen ist es müßig, über den seemannischen Wert deutscher und polnischer Seeleute zu streiten, was nachfolgende, von einem polnischen Gericht gemachte Feststellungen beweisen.

Merkwürdige „Seeleute“.

Danzig, 9. Januar. Vor dem polnischen Seegericht in Neufahrwasser (Weihersdorf) kam die Strandung des polnischen Dampfers „Rohur II“ der Gesellschaft Polstarob an der nordwestlichen Küste zur Verhandlung. Das Gericht stellte fest, daß das Schiff nicht die notwendigen Seefarten und Instrumente besaß. Außerdem hatte der Erste Offizier dem Kapitän von der Kursänderung keine Mitteilung gemacht, und er soll schuld daran sein, daß das Schiff auf ein Riff aufsaß. Dem Ersten Offizier namens Leer wurde das Patent entzogen. Der Kapitän Aniazew wurde freigesprochen, da er von der Kursänderung keine Kenntnis hatte.

Die Gegenoffensive.

Polnische Minderheiten - Beschwerden beim Völkerbund?

Im Selbstbewußtsein der polnischen Nationalisten hat der für Polen etwas peinliche Ausgang des Redueells Jaleski-Streife, man einen bitter empfindenden Stachel zurückgelassen. Mit harter Rernostität steht man der angekündigten Aufrollung der Minderheitenfrage in Genf entgegen. Die polnische Presse gefaßt sich in Beschimpfungen des deutschen Außenministers, dem man „flegelhaftes“ und „ordinäres“ Auftreten vorwirft. Die Meinung wird zum Ausdruck gebracht, daß Polen mit seiner angeblich so friedfertigen und zurückhaltenden Politik ein Ende machen müßte, da die andere Seite auf Abenteuer ausgehe und Polen sich nicht weiter systematisch für den Frieden opfern könne.

Die polnische Presse hat anscheinend ganz vergessen, daß nicht der deutsche Außenminister, sondern Herr Jaleski diesen Streit durch völlig unbegründete Angriffe auf den für deutsches Minderheitenrecht eintretenden Deutschen Volksbund in Oberschlesien hervorgerufen hat. Die polnische Presse, allen voran der dem Weltmarkenverbande nahestehende „Kurjer Pznanstki“, fordert eine polnische Minderheiten-Offensive. Die polnischen Zeitungen wundern sich, warum die polnische Minderheit in Deutschland sich noch nie beschwert habe. Auf den Gedanken, daß kein Grund für eine Minderheitenbeschwerde in Genf vorliegt, kommt die polnische Presse natürlich nicht. Das bisher in polnischen Zeitungen und in der Minderheitenzeitschrift „Kulturwehr“ veröffentlichte Material ist allerdings so gewaltig konstruiert und dürrig, daß man sich wohl gehütet hat, es dem Völkerbund zur Nachprüfung und damit der deutschen Regierung offiziell zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Nun hat der in Beuthen erscheinende „Katorz Codzienny“ kürzlich ein an das Sekretariat des Völkerbundes gerichtetes Schreiben wiedergegeben, das von „Söhnen des polnischen Volkes aus den beim deutschen Teile Oberschlesiens verbliebenen Kreisen, Neustadt und Leobischütz“ unterschrieben ist. Dieses Schreiben bemängelt in ganz allgemein gehaltenen Wendungen und ohne Anführung positiver Einzelheiten das Fehlen polnischer und mährischer Schulen, sowie den Rückgang mährischer Anbachten. Bezeichnenderweise befinden sich die Unterzeichner sämtlich in Polen. Einheimische Unterschriften hat man für die „Beschwerde“ nicht bekommen. Den Polen ist wohl bekannt, daß fremdsprachige Kreise jederzeit die Möglichkeit haben, Minderheitenschulen und fremdsprachige Anbachten zu beantragen. Wo das nicht geschieht, kann nicht die preußische Regierung dafür verantwortlich gemacht werden. Es liegt eben kein Bedürfnis vor. Mit Gewalt allerdings, wie es die Polen in Deutschland verlangen, wird eine deutsche Regierung die Kinder niemals gegen den Willen der Eltern in polnische Schulen hineinzwängen. Das widerspricht der Vernunft und der Rechtsauffassung.

Um den deutsch-polnischen Handelsvertrag.

Warschau, 11. Januar. (Eigenes Telegramm.)

Trotz der Grippeerkrankung des Ministers Hermes fand gestern wieder eine Konferenz zwischen Hermes und Minister von Twardowski statt. Hierbei präzisierte Twardowski die polnische Stellungnahme hinsichtlich der deutschen Bitte um Klarlegung der bereits bekannten fünf Punkte. Es ist nun beschlossen worden, die Zolltarifkommission mit ihren Verhandlungen beginnen zu lassen. Daraus kann man schließen, daß die Verhandlungen einen günstigen Fortgang nehmen.

Tages-Spiegel.

Als Ursache der Duisburger Gaskatastrophe wurde ermittelt, daß vor der Schweißung der Rohrenden teilweise das Einlegen der Padung vergessen worden ist.

Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde der Agent Brauer, der wegen Ermordung des Knechtes Rohde in Blankensee (Mecklenburg) zum Tode verurteilt worden war.

Parker Gilbert wird bis Ende Januar in Washington bleiben, offenbar um bei der Festlegung der Reparationspolitik der amerikanischen Regierung mitzuarbeiten. Parker Gilbert hatte eine lange geheime Besprechung mit Präsident Coolidge.

Lord Beauchamp, einer der Führer der englischen Liberalen, betonte in einer Rede die dringende Notwendigkeit einer Politik des Friedens. Insbesondere wandte er sich gegen eine Fortdauer der Besetzung des Rheinlandes und die Abhaltung gemeinsamer englisch-französischer Manöver auf deutschem Boden.

General Zinkowitsch erklärte einem englischen Berichterstatter, bei dem Systemwechsel in Südslawien handle es sich nicht um ein ständiges Regime des Absolutismus, um Militärdiktatur oder Faschismus. Der Parlamentarismus werde zu geeigneter Zeit wiederkehren.

Der französische Senator Caillaux erlitt bei seinem Autounfall neben einem Nasenbruch und mehreren Wunden im Gesicht auch eine leichte Gehirnerschütterung.

Auf 500 000 Pfund Sterling wird der Schaden berechnet, den die Buschbrände in Australien bisher anrichteten. Die fürchtbare Hitze, die sechs Menschenopfer forderte, hat nachgelassen.

Entweder — Oder.

Es ist ein fast selbstverständliches Wort, das Jesus Matth. 6, 24 spricht: „Niemand kann zwei Herren dienen“. Tatsächliche Unmöglichkeit! Wie sollte ein Mensch sich zerreißen können? Und wie vor allem, wenn diese zwei Herren Feinde sind? Kein Soldat kann in zwei feindlichen Heeren zugleich Dienst tun! Und Jesus stellt Gott und Mammon, ewiges höchstes Gut und irdische vergängliche Güter einander gegenüber. Aber das gilt von allem, was wider Gott ist. Der Mensch steht da vor der Wahl: Entweder — Oder! Ein Drittes gibt es nicht. Das Christentum fordert Entscheidung und Entscheidung. Man muß für den Herrn sein, sonst ist man wider Ihn. Man muß mit Ihm gehen, sonst lebt man ohne Ihn. Man muß zu denen zählen, die Er als die Seinen kennt, sonst gehört man zu seinen Feinden. Man muß Ihn lieben, oder man muß Ihn hassen. Alles andere ist nur Trug und Schein. Man kann Ihm gegenüber nicht einmal neutral bleiben. Er zwingt uns, zu Ihm irgend eine Stellung zu nehmen, Ihn zu bekennen oder Ihn zu verleugnen.

Das ist unbequem. Wir würden lieber haben, wenn Jesus das Wörtchen: „Auch“ und „Und“ gebrauchte: Ihr könnt Gott und der Welt gehören, Ihr könnt meine Jünger, aber auch alles andere sein. Nein, so spricht Jesus nicht. Ihr könnt nicht zwei Herren dienen! Wir haben nur einen Herrn, der Rechtsanspruch an uns hat, weil Er uns erlöst hat und erworben zu seinem Eigentum. Alles andere, woran wir unser Herz hängen, sind falsche Götter, sind Mächte, die an uns kein Recht haben. So ruft uns Jesus aus allen falschen Herrschaften heraus unter sein Szepter: „Der Herr allein ist König!“

Gerade unsere Zeit fordert mehr denn frühere Zeiten Klarheit und Entschiedenheit. Die Gegensätze sind schroffer geworden und treten unverhüllt hervor als vordem. Man muß „Farbe bekennen“. Man muß sich in dem Gemirr menschlicher Meinungen heute selbst seine Meinung bilden und ihrer gewiß sein. Wiewieviel ist es nötig, zu den heiligsten Dingen klare Stellung zu nehmen. Wir können nur einem Herrn dienen. Wer soll es sein?

D. Blaue-Posen.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 11. Januar.

Kirchliche Gebetswoche.

Die letzten Tage der kirchlichen Gebetswoche behandeln heute, Freitag, das Thema: „Die Kirche Christi in Familie und Jugend“ und morgen zum Abschluß das Thema: „Die Kirche Christi in der Inneren Mission“. Es sprechen heute Superintendent Rhode und Pastor Hammer, morgen, Sonnabend, Gemeindevorstand D. Staemmer und Pastor Eichstädt.

Gründung eines Tierchutzvereins in Posen.

Beim Direktor des Städtischen Polizeiamtes, Miggalski, fand am Montag die zweite Sitzung des Organisationskomitees zur Gründung eines Tierchutzvereins in Posen statt. Es nahmen daran u. a. teil: Oberst Konit, Chlapowski, Dr. Krogitz, Redakteur Rawowski, Herr Sniegowski, Dr. Fabiczanski, Oberst Krupowicz und Herr Böttger.

Die Verammelten nahmen einen von Herrn Rawowski verfaßten Aufruf an die Öffentlichkeit und einen weiteren Aufruf an, dessen Verfasser Oberst Chlapowski ist. Dieser wendet sich an die Jugend und erscheint in Form von Flugblättern. Es wurde beschlossen, zum Sonntag, dem 27. d. Mts., eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der es zur endgültigen Gründung des Vereins kommen soll. Herrn Rawowski ist aufgetragen worden, Propagandavorträge im Radio zu organisieren, von denen der erste am Montag, 14. d. Mts., um 7½ Uhr abends gehalten wird. Zur Deduktion der ersten Kosten haben sich: Oberst Chlapowski 100 Zloty, Dr. Krogitz 50, Herr Böttger 50, Direktor Miggalski 20 Zloty u. w. Eine Sitzung des engeren Komitees ist auf Sonntag, 13. Januar, anberaumt worden.

Wie schützt man sich vor der Grippegefahr?

In verschiedenen Gegenden Polens, auch in der Großstadt Posen, herrscht zur Zeit wieder in verstärktem Maße die Grippe. Es sei nur an Tod erinnert, wo innerhalb kurzer Zeit über 400 teils recht bedenkliche Grippeerkrankungen zum Teil mit tödlichem Ausgang aufgetreten sind. Vor allem kommen aber aus Amerika Nachrichten, nach denen in den Vereinigten Staaten von Amerika die Grippe in sehr bösartiger Form in weiter Verbreitung auftritt. Deshalb seien die bei einer Grippe-Epidemie zu beobachtenden Vorsichtsmaßnahmen in Erinnerung gebracht:

Der Kranke lege sich zu Bett und ziehe einen Arzt zu. Damit ist er wenigstens in gewisser Weise abgesichert, vor allem dem Berufsverkehr

entzogen und einer Weiterverbreitung der Grippe durch diesen vorgebeugt. Verlässliche Hilfe ist aber für den Kranken wegen des oft unberechenbaren Verlaufs der Grippe notwendig. Beim Husten muß der Kranke ein Taschentuch vor den Mund nehmen, um das Verstreuen der Infektionskeime zu vermeiden.

Der Gesunde schütze sich in Grippezeiten mehr noch als sonst davor, daß er durch „erkältete“ Menschen angehaucht wird; er vermeide möglichst größere Menschenansammlungen; er achte auf größte Sauberkeit und wasche sich besonders vor dem Essen und dem Bereiten der Speisen regelmäßig die Hände; auch häufigeres Gurgeln mit desinfizierenden Lösungen von Wasserstoffsuperoxyd, Kaliumpermanganat und dergleichen ist zu empfehlen.

Die Leiber und Bettwäsche, sowie die Taschentücher eines Grippekranken sind in einem Beutel (Kopfkissenbezug) zu sammeln und vor dem Waschen in diesem eine halbe Stunde lang zu kochen. Auch empfiehlt es sich, den Fußboden des Krankenzimmers und die in ihm enthaltenen Einrichtungsgegenstände wiederholt mit desinfizierenden Lösungen zu reinigen. Der Kranke muß ein besonders Ess- und Trinkgeschirr und -gerät haben, das gesondert von dem übrigen Geschirr und Gerät der Familie gereinigt werden muß. (Aus der Sammlung gemeinverständlicher Belehrungen über die übertragbaren Krankheiten, im Auftrage des deutschen Ministers für Volkswohlfahrt herausgegeben. Berlin, Verlag von Richard Schoch, Wilhelmstraße 10.)

Pfarrer Conrad Eccius †.

Mitten aus seiner Amtstätigkeit heraus wurde nach kurzer Erkrankung der evangelische Pfarrer von Grutchno in Pommerellen, Conrad Eccius, nach erst kürzlich vollendetem 60. Lebensjahre durch den Tod abberufen.

Geboren am 20. Dezember 1868 in Samenthin bei Arnswalde, besuchte er zunächst das Gymnasium in Guben. Nach dem Studium der Theologie in Berlin und Greifswald legte er beide theologischen Prüfungen am 30. Januar 1894 und am 14. August 1895 in Stettin ab. Am 11. April 1897 wurde er durch Generalsuperintendent D. Faber im Berliner Dom ordiniert und ist von da ab bis zum 31. August 1907 zweiter Geistlicher in Fürstberg a. O. gewesen. Von dort kam er in das Posener Gebiet, und zwar übernahm er das schwere Amt eines Geistlichen am Zentralgefängnis in Wroneke, das er sechs Jahre lang ausübte. Nachdem er weitere drei Jahre Vorsteher des Brüderhauses „Silberhammer“ bei Danzig gewesen war, ging er im Jahre 1916 ins Gemeindepfarramt zurück und ist bis zu seinem Tode in Pommerellen tätig gewesen. Er war zuerst in Mirchau, Kr. Kartaus, und ging von dort im Jahre 1922 nach Gyniewo, Kr. Jempeburg, und schließlich 1926 nach Grutchno, Kr. Schmeß, wo er nun seine Amtszeit vollendet hat.

Wieder ist mit seinem Tode eine Gemeinde von fast 1000 Seelen verwaist und die empfindliche Lücke in der evangelischen Pfarrerschaft größer geworden.

X Zur Steuerung der Wohnungsnot läßt der Magistrat in Jawade 9 Baracken für 62 Familien bauen. 5 Baracken werden gegenwärtig bezogen; die sechste geht der Vollendung entgegen.

X Die Teilnehmer des Zeitschriftenzirkels der Deutschen Wühler werden zu Beginn des neuen Jahres erneut darauf aufmerksam gemacht, daß die Mappen unbedingt pünktlich jeden Mittwoch bis 1 Uhr vormittags abgeliefert werden müssen. Unter der unpünktlichen Ablieferung leiden die anderen Teilnehmer, da sie nicht planmäßig beliefert werden können. Unpünktliche Teilnehmer können in der laufenden Woche nicht berücksichtigt werden. Im Interesse der ordnungsgemäßen Belieferung wird also dringend um Einhaltung der Abgabetermine gebeten.

X Posener Wochenmarktpreise. Auch der heutige Freitagsschlag war infolge der heftigen Kälte von Händlern und Käufern nur schwach besucht. Es kosteten: das Pfund Tafelbutter 3-3,60, Landbutter 2,40-2,80, das Liter Milch 40, Quark 50, die Mandel Eier 3,50-4,50. — Auf dem Obst- und Gemüsemarkt zahlte man: für Kartoffeln (3 Pfund) 20, Spinat 50, Grünkohl 35, Zwiebeln 20-25, Kohlrabi 20, Rohlent 70, Rottohl 20-30, rote Rüben 15, Wurzeln 10-15, Walnüsse 1,30-1,50, Haselnüsse 2-2,60, Äpfel 40-70, Mohrrüben 15-20, Wirsing 40, Kürbis 15, Backbienen 0,80-1,10, Backpflaumen 0,80-1,00, 1 Zitronen 15-30. — Auf dem Fleischmarkt kosteten: roher Speck 1,50, geräucherter Speck 1,70-1,80, Schweinefleisch 1,50-1,80, Rindfleisch 1,50-2,00, Kalbfleisch 1,40, Hammelfleisch 1,50-1,60. Ferner kosteten Hühner ohne Fell 7,50-8, eine Gans das Pfund 1,60 bis 2,00, eine Ente 12-15 Zloty. — Auf dem Fischmarkt notierten bei äußerster Knappheit Karpfen mit 2,60-2,80, Hechte mit 1,80-2,00, Karauschen mit 1,60-2,00, Schleie mit 2,00-2,20, Bleie mit 1,40-1,60, Barsche mit 1,00-1,50 Zloty, Weißfische mit 50-80 gr.

X Zu dem Maskenball des Ruderkubs „Nep-tun“ Posen, der morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr im Zoologischen Garten veranstaltet wird, werden die Eintrittskarten, wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich ist, nur für geladene Gäste in dem Konfitürengeschäft von J. Stoschek, St. Martinstraße 44, ausgegeben. Der Verkauf der Eintrittskarten wird am Sonnabend um 7 Uhr abends geschlossen, ein Kartenverkauf findet an der Abendkasse nicht mehr statt. Um 10½ Uhr abends werden die Tore des Zoologischen Gartens geschlossen, nachher findet niemand mehr Einlaß. Ergänzend sei noch mitgeteilt, daß eine Prämierung der drei schönsten Damenmasken und einer Herrenmaske erfolgt.

X Selbstmord durch Enfolbergiftung verübte die Expedientin Halina Pasiciel, Dittrowel Nr. 10.

X Das Opfer eines Sittlichkeitsverbrechens. Auf dem Wege nach dem Schilling fand ein Arbeiter in bewußtlosem Zustande und nur halb-bekleidet die von ihrem Manne getrennt lebende Frau Jozja Jarecka. Es wurde festgestellt, daß sie das Opfer von Wüstlingen geworden ist. Sie hat einen Nervenschock erlitten und mußte

nach der Anstalt an der Grabenstraße gebracht werden.

X Eine Kohlengasvergiftung erlitt die fünf-jährige Familie des Eisenbahnbeamten Jar-czak in Głowno, Gnesenerstraße 18. Der herbeigerufene Arzt und die Rettungstation brachten die Besinnungslosen wieder zum Bewußtsein.

X Diebstähle. Gestohlen wurden: einem Feliks Dachtara, Lazarusstraße 2a, aus der Wohnung ein schwarzgefütterter Herrenpelz; einem Josef Wagoni, Judenstraße 10, aus dem Schaufenster 8 Paar Herrenschuhe; einem Feliks Kaczmarek, Alter Markt 52, 24 Meter Installationsröhren und 90 Meter Leitungsdraht; dem Grafen Wladyslaw Mysielki aus Splawie von einem Wagen in der ul. Latowa (früher Wiesenstraße) ein Treibriemen, 13 Meter lang und 9 Zentimeter breit; einer Marja Sobkowia, ul. Matejki 65 (fr. Neue Gartenstraße), aus der Bodenkammer 3 Oberhemden, 3 Damenhemden, 1 Unterrock, 2 Laten, 1 Bettbezug, zwei Handtücher, 25 Taschentücher und eine Tischdecke; einer Halina Kierka, ul. Matejki 5 (früher Neue Gartenstraße), aus der Bodenkammer verschiedene Damen- und Tischwäsche; einer Jadwiga Podolska, ul. Sw. Jozefa 6 (fr. Petristraße), auf dem ersten Bahnsteig des Hauptbahnhofes eine Handtasche mit 80 Zloty; aus der Wohnung eines Wladyslaw Sikorski, Bernhardinerplatz Nr. 2, verschiedene Wäsche, gezeichnet D. S.

X Vom Wetter. Heut, Freitag, früh waren wieder bei wolkenlosem Himmel 13 Grad Kälte.

X Sonnenaufgang und Sonnenuntergang am Sonnabend, 12. Januar, 8,09 Uhr und 16,08 Uhr.

X Der Wasserstand der Warthe in Posen betrug heut, Freitag, früh + 0,18 Meter, gegen + 0,22 Meter gestern früh.

X Nachtdienst der Ärzte. In dringenden Fällen wird ärztliche Hilfe in der Nacht von der „Bereitschaft der Ärzte“, ul. Pocztowa 30 (fr. Friedrichstraße), Telefon 5555, erteilt.

X Nachtdienst der Apotheken vom 5. bis 12. Januar: Altstadt: Löwen-Apothek, Stary Rynek 75, Apteta 27, Grudnia, ul. 27, Grudnia 18; Fersik: Stern-Apothek, Krawczińskiego 12; Lazarus: St. Lazarus-Apothek, Strusia 9; Wilda: Fortuna-Apothek, Górna Wilda 96.

X Rundfunkprogramm für Sonnabend, 12. Januar. 13-14: Zeitzeichen, Schallplattenkonzert. 14-14:15: Börsen. 14:15-14:30: Kommunikate. 17:15-17:30: Pfadfinderplauderei. 17:30-17:55: Englisch für Fortgeschrittene. 17:55-18:00: Für die Kinder. 18:00-19:15: Vortrag. 19:15-19:45: Orchesterkonzert des Mandolinisten „Lira“. 19:45-20: Die Welt der Frau. 20-20:25: Programm. 20:30-22:15: Operettenübertragung aus Marbach: „Madame Pompadour“. 22:30-22:45: Zeitzeichen, Kommunikate. 22:45-24: Kabarett. 24-2: Nachtkonzert der Firma Philips.

Gottesdienstordnung für die katholischen Deutschen.

Vom 12. bis 19. Januar.

Sonnabend, 5 Uhr: Beichtgelegenheit. — Sonntag, 1½ Uhr: Beichtgelegenheit. 9 Uhr: Predigt und Ami (Amenfammlung). 3 Uhr: Beper und hl. Segen, hernach Andacht des lebendigen Rosenkranzes. ½ 5 Uhr: Generalversammlung des Jünglingsvereins. — Montag, 4 Uhr: Unterstüßungsverein, 7 Uhr: Gesellenverein. — Dienstag, 7½ Uhr: Pydia.

Aus der Wojewodschaft Posen.

* Abelnau, 10. Januar. Die Abfuhr der Expeditionsgüter vom hiesigen Bahnhof ist neu zu vergeben. Reflektanten müssen die Angebote bis einschließig zum 15. d. Mts. an die Eisenbahndirektion in Posen einreichen.

* Bojanowo, 10. Januar. Am Dienstag beging der 85 Jahre alte Rentenempfänger Walter mit seiner 74jährigen Ehefrau das Fest der Goldenen Hochzeit. Da der Jubelbräutigam kränzlich ist, wurde die kirchliche Trauung in der Wohnung vollzogen, wobei Pastor Leibbrandt dem Jubelpaare die vom Konfitorium gestiftete Urkunde überreichte. Auch der Frauenverein überbrachte durch eine Abordnung seine Glückwünsche.

* Czarnikau, 9. Januar. Am Sonnabend schloß nach einem heftigen Streit der Chauffeur des Autobusbesizers Tyzant dem Autobusbesizer Nowak eine Kugel in den Bauch. Zum Glück traf die Kugel den Mantelknopf, glitt ab und verletzte den Nowak in den Weichteilen des Unterleibes nur leicht.

* Nowoclaw, 9. Januar. In der Nacht zum 3. d. Mts. drangen in Nowoclaw bisher unbekannte Diebe mittels Einbruchs in den Stall des Arbeiters Bartolomej Nowaczyn und töteten 2 Schweine im Gesamtgewicht von 4 Zentnern und im Werte von 400 Zloty. Aus den hinterlassenen Spuren geht hervor, daß die Diebe aus einem der in der Nähe befindlichen Dörfern auf Fahrrädern eingetroffen waren und bei der Fortführung ihrer Beute sich gleichfalls ihrer Fahrräder bedienten, wobei sie auch bei ihrer Durchfahrt durch Nowoclaw von dem dortigen Nachtwächter beobachtet, leider aber nicht gestellt wurden. Unbekannt ist ferner, wie sehr auch noch, weshalb die Diebe die späterhin schon geschlachteten Schweine im Stich ließen und die Flucht ergriffen, denn bei den sofort angestellten Nachforschungen wurde ein Schwein in einem Graben am Wege und das zweite in der Nähe der Strohscheiter des Gutes Lafocin vorgefunden, so daß sie dem Geschädigten zurückgegeben werden konnten.

Aus dem Gerichtssaal.

□ Posen, 11. Januar. Gegen den aus Deutschland eingewanderten Optanten Anton Płoczek findet am 16. d. Mts. mittags 12 Uhr vor dem Sad Grodzi (Amtsgericht), Saal 92, eine Hauptverhandlung wegen Verleumdung des Herrn Wojewoden statt.

* Konig, 9. Januar. Ein Schmugglerprozeß großen Ausmaßes gelangte am Dienstag vor der hiesigen Strafkammer zur Verhandlung. Erinnerung dürften die Hausjuristen der Zollbehörden hier und in anderen Städten sein, die zu einem Protest der Kaufmannschaft und einer Interpellation des Abg. Dr. Spizer führten. Ein großer Teil der hiesigen Kaufmannschaft war



Kirchliche Nachrichten für die Evangelischen Polens.

Kirchenkollekte für die Ausbildung von Lehrern und Lehrerinnen.

Kreuzkirche. Sonntag 10 Uhr: Gottesdienst. P. D. Grellich. 1¼: Kindergottesdienst. Derf.

St. Petri-Kirche (Ev. Unitäts-Gemeinde). Sonntag, 10: Gottesdienst. Geh. Kon. Mat. Pannich. 11¼: Kindergottesdienst. Derlebe.

St. Pauli-Kirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. P. Hammer. 11¼: Kindergottesdienst. Derlebe. — Mittwoch: Die Bibelfunde fallen wegen Vortrags von Hl. Agnes Seefemann aus. — Am Mittwoch: P. Hammer.

Christuskirche. Sonntag, 10: Gottesdienst. Sup. Rhode, danach Kindergottesdienst. — Montag, 4¼: Frauenhilfsnachmittag. — Mittwoch, 6¼: Bibelfunde.

St. Matthäi-Kirche. Sonntag 10 Uhr: Gottesdienst. Vikar Starke. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst. Derf. — Dienstag, 5 Uhr: Bibelfunde. — Freitag, 8 Uhr: Kindergottesdienst im Konfirmandensaal.

Sassenheim. Sonntag, 10 Uhr: Gottesdienst. P. Brummack. 11¼ Uhr: Kindergottesdienst. — Mittwoch, 6 Uhr: Jugendversammlung. 8 Uhr: Bibelfunde.

Kapelle der Diakonissenanstalt. Sonnabend, abends 8: Wochenchor. P. Sawoy. — Sonntag, 10: Gottesdienst. Derf.

Ev.-luth. Kirche. Carodowa 6. Sonntag, 10 Uhr: Gottesdienst. 9 Uhr in Gnesen: Gemeindefest mit Abendmahl. P. Dr. Hoffmann. — Montag 1¼: Wiederholung des Konfirmandenunterrichts. 4: Wiederbeginn des luth. Religionsunterrichts für die älteren Kinder. 8: Zusammenkunft der Herren der Gemeinde. Mittwoch: Kirchenchor fällt aus. — Donnerstag, 3¼: Frauenverein (Missionsstunde). 7¼: Kirchenkollektion.

Evangelisches Vereinshaus. Mittwoch, abends 8 Uhr: Gemeindefest für die Evangelischen in Posen, veranstaltet von den evangelischen Gemeinden in Verbindung mit der Inneren Mission und dem Vereinshaus. Vortrag der Deutschbalin Kräulem Agnes Seefemann über „Evangelisches Märtyrertum in baltischen Ländern“.

Ev. Verein junger Männer. Sonntag, 8 Uhr: Heinrich IV. und Gregor VII. — Montag, 8 Uhr: Vorstandssitzung. — Donnerstag, 1½ Uhr: Singstunde. ¼ 9 Uhr: Bibelfunde. — Posaunenchor: Sonntag 5 Uhr: Gemeindefest. Ueben.

Evangel. Jungmännerverein Posen. Sonntag, 1½: Sonntagsschule. — Montag, ¼: Jugendgruppe. — Mittwoch, abends 8: gem. jünger Beich des Vortrags von Hl. Seefemann im Vereinshaus. — Freitag, 7: Lantenhunde. — Sonnabend, ¼ 5: Jungchar (10-14jährige).

Christl. Gemeinschaft (im Gemeindefest der Christuskirche, ul. Matejki 42). Sonntag, 5¼: Jugendbündelstunde. G. C. 7: Evangelisation. — Freitag, 7: Bibelbesprechung. Jedermann herzlich eingeladen.

Baptisten-Gemeinde, ul. Przemysłowa 12. Sonntag, 10 Uhr: Predigt. Rand. Sadowski. 11¼: Kindergottesdienst. 3 Uhr: poln. Predigt. Derlebe. 5¼: Predigt. Deutsch. — Donnerstag, abends 8: Gebetsandacht. Pred. Drem.

geladen, um seine Aussagen in einem Monstreprozeß wegen Zollhinterziehungen zu machen. Es waren gegen 47 Zeugen anwesend. Es handelt sich um Schmuggel, der längere Zeit teils mit der Bahn über Marienburg-Dirschau, teils über die Schloßauer Grenze betrieben wurde. Es soll sich um Waren im Werte von über 100.000 Zloty handeln, darunter Seide und Spitzen, Gold- und Silberwaren usw. Ueber die drei Angeklagten wurde folgendes Urteil gefällt: Landwirt Konrad Kropelowski-Charytowo 114.532,95 Zloty oder für je 300 Zloty ein Tag Gefängnis; Lokomotivführer Bolesław Warjański-Konig 40.397,30 Zloty oder für je 250 Zloty ein Tag Gefängnis; Lokomotivführer Josef Chelmonski-Konig 594,25 Zloty oder für je 50 Zloty ein Tag Gefängnis.

Briefkasten der Schriftleitung.

Sprechstunden in Briefkastenangelegenheiten nur werktäglich von 12 bis 13½ Uhr.

P. K. 1. Ein derartiger Zusatzantrag zum Mieterschutzgesetz ist von der Wojewodschaft nicht erlassen worden. Dagegen gibt Artikel 9, Abs. 1 des Mieterschutzgesetzes dem Hauswirt das Recht, für den Mietgegenstand, den der Mieter ganz oder teilweise ungebührlich weiter vermietet, bis zu 30 Prozent mehr Miete zu fordern. Von einem Mehrverbrauch für Wasser usw. ist im Mieterschutzgesetz nicht die Rede. 2. Die Polizei würde sich auf eine Nachprüfung über die Frage der Notwendigkeit einer Wasserleitungsreparatur kaum einlassen. Sie ist auch dazu nicht verpflichtet. Uns ist keine Möglichkeit bekannt, durch die Sie sich vor solchen Fällen schützen. Eine Beleidigung des Mieters liegt nicht vor.

P. K. in G. Die 15.000 deutsche Mark aus April 1919 hatten einen Wert von 7500 Zloty und sind mit 15 Prozent auf 1125 Zloty aufzuwerten. An Zinsen haben Sie das Recht, 225 Zloty zu fordern, so daß sich der Gesamtbetrag auf 1350 Zloty bezieht.

Wettervorhersage für Sonnabend, 12. Januar.

— Berlin, 11. Januar. Für das mittlere Norddeutschland: Zunehmende Bewölkung mit etwas anfeuchtenden Temperaturen, aber noch Frost. — Für das übrige Deutschland: In Ostpreußen rasche, im mittleren Deutschland langsame Milderung des Frostes mit Bewölkungszunahme, im Westen und Süden noch kalt.

Sämtliche Börsen- und Marktnotierungen sind ohne Gewähr.

Aus der Republik Polen.

Die Reform des Gerichtswesens.

Warschau, 11. Januar. (Eigenes Telegramm.) Gestern fand eine Sitzung der Senatskommission statt, in der über die Reform des Gerichtswesens beraten wurde. Bekanntlich hatte der Sejm beschlossen, die Gesetzesvorbereitung zur Reform des Gerichtswesens erst nach einem Jahre in Kraft treten zu lassen. Da aber der Senat diesen Beschluss nicht rechtzeitig bestätigen konnte, so hat inzwischen die Verfügung Gesetzeskraft erhalten. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch Justizminister Czar, der es für unmöglich erklärte, einzelne Bestimmungen des Gesetzes von der Inkraftsetzung auszunehmen. Er machte den Vorschlag, daß der Senat von seinem Recht Gebrauch machen könne, Beschlüsse des Sejm zu ändern. In diesem Sinne entschied sich auch die Kommission.

Roggenlager.

Warschau, 11. Januar. (Eigenes Telegramm.) In der gestrigen Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Ministerrates wurde beschlossen, starke Roggenanläufe vorzunehmen, um überall im Innern des Landes Roggenlager anzulegen. Hierdurch soll es möglich gemacht werden, einer Preiswucherung in den Monaten vor der Ernte entgegenzutreten zu können.

Die Kältewelle in Polen.

Warschau, 11. Januar. (Eigenes Telegramm.) Während des gestrigen Tages war ein ganz besonders starker Temperatursturz in ganz Polen wahrzunehmen. In Warschau war die Kälte noch erträglich, da die Temperatur nur auf 14 Grad zurückging. Dagegen herrschten weiter im Osten 23 Grad, in Kolomoja sogar 32 Grad Kälte. Infolgedessen kam es zu Zugverspätungen. Dies war auch die Ursache, daß die Mitglieder der Finanzkommission des Sejm nicht zur rechten Zeit ankamen und deshalb die Sitzung vertagt werden mußte. Außerdem war auch der bekannte Finanzfachmann Prof. Krzyzanowski aus Krakau erkrankt.

Die Privilegien der Deutschen.

Neue mitleiderweckende Töne.

Polen, 11. Januar. Der „Kurjer Powszechny“ widmet den Gerüchten über einen bevorstehenden Rücktritt des Außenministers Jazłowski, der den Deutschen gegenüber seit Lango eine besondere Aggressivität an den Tag legt, folgenden Artikel: „Die Gerüchte über einen Wechsel auf dem Posten des Außenministers sind dementiert worden. Unser Warschauer Berichterstatter weist zwar darauf hin, daß bei der letzten Umgestaltung des Kabinetts die betreffenden Meldungen ebenfalls dementiert wurden, nach einigen Stunden aber die Rekonstruktion bereits vollzogene Tatsache war. Doch hoffen wir, daß es in diesem Falle anders ist. Herr Jazłowski ist uns weder Freund, noch Feind. Vom Standpunkt des Prestiges unseres Staates haben wir ihm sogar ernstlich vorzuwerfen, daß er auf den brutalen Angriff Stresemanns in Lango nicht an Ort und Stelle reagierte. Es würde aber im Augenblick bedeuten, auf die Mühlen der Aggressivität der deutschen Politik Wasser zu gießen, wenn der Außenminister, dem von

der deutschen Presse in dreister Weise die Demission suggeriert wird, zurückträte. Doch müssen wir an ihn die Frage richten, was die Nachricht von einem teilweisen Verzicht auf die Liquidation deutschen Besitzes in Polen bedeuten soll. Natürlich ist es gut, daß sich die Regierung nach so langer Passivität entschlossen hat, wenn auch nur einige Objekte zu liquidieren, die unserem Liquidationsrecht aus dem Titel des Versailler Vertrages unterliegen, aber die öffentliche Meinung (!) muß entschieden gegen die Absicht protestieren, auf die Liquidation des Restes des betreffenden deutschen Besitzes in Polen zu verzichten und daraus einen Gegenstand von Handeln zu machen. Ebenso protestieren wir zu Zeiten des Herrn Strzyński. Es gibt Werte, die der polnische Staat nicht verfeilschen darf. Solche Werte sind die deutschen Objekte, um die der deutsche Besitzstand in unseren Westländern definitiv verringert und der polnische vergrößert werden muß.

Je mehr die Deutschen mit ganzem Zynismus solidarisch ihre raubgierigen Hände nach unseren Besitzländern ausstrecken, desto weniger dürfen wir hier gegen andere Werte auch nur ein einziges deutsches Objekt austauschen. In dieser Frage muß die öffentliche Meinung Aufklärungen und eine Antwort verlangen, die im Einklang steht mit unseren lebenswichtigsten Staats- und Volksinteressen.“

Nachdem das Liquidationsrecht in ausgiebigster Weise ausgenutzt worden ist, kommt dieser Artikel des chauvinistischen „Kurjer Powszechny“ — und das Ganze nennt man dann die privilegierte Behandlung der Deutschen in Polen.

Dementi.

Warschau, 11. Januar. (Pat.) Zu der Meldung einiger Blätter vom Beginn von Verhandlungen über eine Revision des polnisch-österreichischen Handelsvertrages und der Abreise einer polnischen Delegation nach Wien teilt das Industrie- und Handelsministerium mit, daß diese Nachricht nicht den Tatsachen entspricht.

Radio in der Bahn.

Warschau, 11. Januar. Wie polnische Blätter melden, veranstaltet das Verkehrsministerium in den nächsten Tagen Radioversuche in Schnellzügen. In erster Linie auf der Strecke Warschau-Posen, und zwar wegen der großen Frequenz dieser Züge angesichts der bevorstehenden Landesausstellung. Es sollen in den Zügen inländische und ausländische Übertragungen geboten werden.

Vom Selbstverwaltungsrat.

Warschau, 11. Januar. Zum 25. Januar ist der Staatliche Selbstverwaltungsrat einberufen worden. Es sollen die Grundsätze für die administrative Teilung des Staates in Kreise und eine Reform des Kommunal-Finanzwesens im Sinne der eingebrachten Entwürfe erörtert werden.

Vom schlesischen Sejm.

Kattowitz, 11. Januar. Die gegenseitige Bekämpfung der polnischen Parteien im schlesischen Sejm hat so heftige Formen angenommen, daß man in polnischen Kreisen schon ein frühes Ende des schlesischen Sejms voraussetzt. Man rechnet damit, daß die Wollfänger, die am 16. Januar stattfindet, einen recht stürmischen Verlauf nehmen wird.

Die letzten Telegramme.

Zentralausschuß der Reichsbank einberufen.

Berlin, 11. Januar. (R.) Wie die „Voss. Ztg.“ erzählt, ist der Zentralausschuß der Reichsbank für heute vormittag 11 Uhr einberufen worden.

Die Auflösung der Gutsbezirke.

Berlin, 11. Januar. (R.) Die Auflösung der Gutsbezirke in Preußen ist den Blättern zufolge durchgeführt. Insgesamt wurden 11894 Gutsbezirke aufgelöst.

Das Fahrtenprogramm des „Graf Zeppelin“.

Berlin, 11. Januar. (R.) Nach einer Blättermeldung wird das Luftschiff „Graf Zeppelin“ eine Mittelmeerrundfahrt mit Passagieren über die Küsten von Europa, Afrika und Asien unternehmen. Weitere Passagierfahrten sind für März und April als Ozeanfahrten in der Nähe der Westküste vorgesehen. Im Mai bis Juli folgen die beiden großen Amerikafahrten, für die sowohl Fahrgäste als auch Post und Pakete zugelassen werden. Hieran dürfte sich die geplante Weltumrundung nach dem fernen Osten anschließen.

Die Buschbrände in Australien.

Sydney, 10. Januar. (R.) Buschbrände, die von starken Winden angefaßt werden, wüten weiterhin im ganzen Lande. Der bisher angerichtete Schaden beträgt über 500.000 Pfund Sterling. Die fürchterliche Hitze, die jetzt Menschenopfer gefordert hat, hat nachgelassen.

Deutschland und Australien.

Berlin, 11. Januar. (R.) Über den Handelsverkehr zwischen Deutschland und dem britischen Gliedstaate Australien berichtet ein englisches Blatt, daß Deutschland als einziges unter den mit Australien Handel treibenden Ländern seinen Umsatz im letzten Wirtschaftsjahr vergrößert habe. Dagegen sei der Handelsverkehr zwischen Großbritannien und Australien der niedrigste seit sechs Jahren gewesen.

Die „Abrüstungsfreunde“.

Die maßgebenden militärischen Stellen Englands scheinen sich mit den Zielen der Abrüstungsbestrebungen noch keineswegs befriedigen zu wollen. Das geht insbesondere aus Äußerungen hervor, die der Chef des englischen Generalstabes, Generalfeldmarschall Milner, gelegentlich einer Preisverteilung an die Londoner Schützenbrigade machte. Es sei durchaus falsch, so führte er aus, wenn gewisse Religions- oder Erziehungsgesellschaften die militärische Ausbildung in den englischen Schulen deswegen verurteilen, weil damit eine Ausbildung für den Krieg erfolge. Die Ausbildung erfolge im Gegenteil zu dem ausgesprochenen Zweck, kriegerische und besonders Angriffsgedanken zu unterdrücken, denn nur ein Volk, das für die Selbstverteidigung gerüstet sei, werde in Zukunft nicht angegriffen werden können. Man müsse damit rechnen, daß eine Mobilisierung sicherlich noch einmal nötig sein werde, und dann sei man hoffentlich in der Lage, über eine große Anzahl ausgebildeter Offiziere und Unteroffiziere zu verfügen.

Wie die Franzosen den Versöhnungswillen auffassen.

Die ungeheuerliche Zahlungsforderung des französischen Verkehrsministeriums in Metz an den bekannten saar-deutschen Führer Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. Hermann Röschling wird ein beachtenswertes Licht auf die französische „Gerichtsbarkheit“ im besetzten Gebiet und den vielgerühmten „Versöhnungswillen“ Frankreichs. Kommerzienrat Röschling soll über 2½ Millionen Mark zahlen, um damit ein im Jahre 1919 vom Kriegsgericht in Amiens verhängtes Urteil wegen „Raubes, gewalttätigen Diebstahls und sonstiger Verbrechen“ abzulösen. Das französische Gericht hatte damals auf zehn Jahre Zuchthaus, 15 Jahre Landesverweisung und 10 Millionen Geldstrafe erkannt. Es muß mehr als eigenartig berühren, daß man jetzt nach fast zehn Jahren versucht, dieses Urteil zu vollstrecken.

Der Grund für dieses französische Vorgehen ist ohne weiteres klar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Kommerzienrat Röschling stets aufrecht und zielbewußt für das Deutsche im Saargebiet eingetreten ist. Es handelt sich bei dem französischen Erpressungsversuch zweifellos um einen Racheakt gegen den verhafteten deutschen Führer. Schon der Name Röschling wirkt auf die Franzosen wie ein rotes Tuch, war doch ein Röschling der Vorfahre des jetzigen Führers der Saarländer, der schon zur Zeit Napoleons das Deutschtum seiner Heimat gegen die französischen Annexionsbestrebungen zu schützen verstand. Kommerzienrat Röschling war es auch, der den Betrug mit den von Clemenceau erfundenen 150.000 Saarfranzosen zerstörte und den glatten Raub des deutschen Saargebietes noch im letzten Augenblick hintertreiben konnte, als die Franzosen ihre Beute bereits in der Tasche zu haben glaubten. Aber nicht nur das, daß es sich noch heute vor jedem Eindringen französischen Kapitals in seine Werke zu schützen weiß, und daß er schon wiederholt den französischen Übergriffen im Saargebiet in Genf entgegengetreten ist.

Praktisch wird sich die Zahlungsforderung wohl kaum auswirken, da dem französischen Gerichtsvollzieher nicht das Recht eingeräumt werden kann, im Saargebiet die angebrochte Zwangsvollstreckung zu vollziehen. Immerhin aber werden durch das französische Vorgehen fast zehn Jahre nach Friedensschluß der Welt wieder einmal die Augen geöffnet, wie Frankreich den Geist der Völkerveröhnung auffaßt.

Die Vorträge deutscher Gelehrter in Moskau.

Moskau, 11. Januar. (R.) Donnerstagabend fanden Vorträge der Professoren Ostas und Miller und Zerner statt, die ebenso große Erfolge hatten wie die ersten Vorträge deutscher Gelehrter. Professor von Miller wurden lebhafteste Ovationen bereitet. Bei der Gesellschaft Kultur und Technik laufen aus sowjetischen Ingenieur- und Wirtschaftskreisen zahlreiche Gesuche um Verlängerung der technischen Woche und Wiederholung mehrerer Vorträge, insbesondere der Vorträge der Professoren Matschok und Fischer, ein.

Ziwkowsky über den Systemwechsel in Südslawien.

London, 11. Januar. (R.) General Ziwkowsky erklärte in einer Unterredung mit dem Sonderberichterstatter des „Daily Express“ in Belgrad, Serbien werde zu einem parlamentarischen Regime in dem Augenblick zurückkehren, wo seine besondere Aufgabe beendet sei. Er stellte in Abrede, daß es sich bei dem Systemwechsel in Südslawien um ein ständiges Regime des Absolutismus, um eine militärische Diktatur oder um Faschismus handle und fügte hinzu, er habe niemals das geringste Interesse an Parteipolitik genommen und sei daher in der Lage, vollkommen unparteiisch als das Haupt einer neutralen Reformregierung zu wirken.

Das Befinden Caillaux'.

Paris, 11. Januar. (R.) Ueber das Befinden des früheren französischen Ministerpräsidenten und Finanzministers Caillaux, der einen Autounfall erlitt, wird von den letzten Mitgeteilte, daß eine leichte Gehirnerkütterung, mehrere Wunden im Gesicht, ein Bruch des rechten Beins, sowie Blutergüsse im Schlüsselbein und unter der Augenbraue festgestellt wurden. Die Temperatur betrug 38 Grad. Caillaux, der gestern Abend mit dem Zuge in Paris eingetroffen ist, wurde am Bahnhof von einigen politisch interessierten Freunden erwartet. Er trug den Kopf stark verbunden und wurde in einem Rollstuhl bis an das Auto gebracht.

Aus Kirche und Welt.

Die evangelische Kirchengemeinde in Kewier (Kewier), Kreis Wągrowitz, feierte kürzlich ihr 300jähriges Bestehen. Die lutherische Kirche erbaute den dort eingewanderten brandenburgischen und pommerischen Lutheranern um das Jahr 1626 oder 1628 der Grundherr der Stadt Schöffen, Andreas Rej von Naglowitz, der Enkel des berühmten polnischen Dichters Nikolaus Rej. Die im Laufe der Jahrhunderte baufällige Kirche ist um 1820 durch eine neue ersetzt worden.

In Welpin befindet sich im Besitze der Culmer Bischöfe seit dem 15. Jahrhundert eine der berühmten 30 ersten gutenbergschen Bibeln. Sie ist das einzige Exemplar in Polen und soll einen Kunstwert von 20.000 Dollar haben.

Auf der Presseausstellung in Köln sind dem Majzer Gut nberg-Museum gehörnde wertvolle Handschriften verloren gegangen. Es sind: das kostbare in lateinischer und französischer Sprache auf Pergament geschriebene Gebetsbuch Karl des Kühnen von Burgund, eine deutsche Bilderbibel aus dem Jahre 1450, zwei Bände lateinischer Handschriften im Gesamtwerte von 200.000 Mark.

Die Stadt Meissen feiert im Jahre 1929 ihr tausendjähriges Stadtjubiläum. Die im Bau befindliche Kriegergedächtniskirche soll daher eine innere Ausstattung ganz aus Porzellan erhalten; auch soll am 5. Mai ein evangelischer Sachientag dort veranstaltet werden.

Pfarrer Vic. Dieß aus Barmen und die Konsistorialräte Bante und Henselmann sind zu Oberkonsistorialräten und Mitgliedern des Evangelischen Oberkirchenrates in Berlin ernannt worden.

Nach der letzten Volkszählung ist in Deutschland die Seelenzahl der Angehörigen der deutschen evangelischen Landeskirchen auf 40.369.856 gestiegen.

Der Amerikaner Gault hat einen Apparat für die Taubstummen ersonnen, mit dessen Hilfe durch „Teleaktoren“ die Schwingungen einer Membran geföhlt werden können. Dadurch sollen die Taubstummen musikalische Töne „hören“ können.

Deutsches Reich.

Wohnungsbrand durch flüssige Kunstseide.

Barmen, 11. Januar. (R.) In einem Hause in der Stennerstraße brach auf eine nicht alltägliche Weise Feuer aus. Ein Bandwirter wollte seinen Ofen in Brand setzen und half dem Feuer mit flüssiger Kunstseide nach. In dem Augenblick, als er dem Ofen mit der außerordentlich feuergefährlichen Flüssigkeit zu nahe kam, schlug eine große Stichflamme hervor, die den Raum in Brand setzte. Das Feuer wurde gelöscht, ehe größerer Schaden entstand. Auch der unvorsichtige Bandwirter kam ohne erhebliche Verletzungen davon.

Die Ursache der Gastatastrophe in Duisburg.

Duisburg, 11. Januar. (R.) Die Ursache der Gastatastrophe in der Gärtnerstraße, bei der fünf Mitglieder der Familie Weinand den Tod fanden, wurde nach eingehender Untersuchung der herausgenommenen Rohrenden nunmehr festgestellt. Es hat sich dabei ergeben, daß vor der Schweifung teilweise das Einlegen der Packung vergessen worden ist. Die Schweifung selbst konnte das Rohr nicht vollständig abdichten. Der Grund für das Nichteinlegen der Packung dürfte darin liegen, daß die Schweiferei in dem engen hohen Graben nicht genügend Platz zum Arbeiten hatten.

Aus anderen Ländern.

Der Alkoholschmuggel in Amerika.

Washington, 11. Januar. (R.) Die von den Vereinigten Staaten und Kanada veranstaltete Konferenz gegen den Alkoholschmuggel wurde nach dreitägigen Verhandlungen gestern beendet. Ein greifbares Ergebnis wurde nicht erzielt. Die Vereinigten Staaten hatten gewünscht, daß die Behörden in Kanada eine Erlaubnis für die Ausfuhr von Alkohol nicht mehr erteilen sollten. Dazu erklärten sich jedoch die kanadischen Vertreter nicht bereit. Sie versprachen nur, ihrer Regierung Vorschläge zu machen für eine bessere Bekämpfung des Alkoholschmuggels.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten

Verantwortlich für den politischen Teil: Johannes Senftleben für Dandel und Wirtschaft: Guido Sachs. Für die Teile: Aus Stadt u. Land, Gerichts- u. Briefkasten: Rudolf Herberichsmeier für den übrigen redaktionellen Teil und für die illustrierte Beilage „Die Zeit im Bild“: Johannes Senftleben. Für den Anzeigen- und Werbefachteil: Margarete Wagner, Kosmos Sp. z. o. o. Verlag: „Posener Tageblatt“. Druck: Drukarnia Concordia Sp. Akc. Sämtlich in Polen. Zimierzyniec 6.

Kalender 1929.

Wir empfehlen zur Anschaffung:	Stolz
Kalender für das Auslandsdeutschtum	11.—
Barons Jagdbreitskalender	12.10
Nichter-Kalender	8.—
Waldheil-Kalender	7.50
Mengel u. v. Lengende, landw. Kalender A.	
I. Teil	7.70
Neumann, Jagdbreitskalender	11.—
Deutscher Orientkalender	9.—
Neumanns Taschenbuch für Fischer und	
Leichwirte	7.30
Barons Landfrauenkalender	7.70
Dionysienkalender	1.75
Barons Wild- und Hund-Kalender	8.80
Der Heimatbote	2.10
Landw. Kalender für Polen	2.40
u. a. mehr.	
Röhlens Notentkalender 1929	3.—
Zu Bestellungen empfiehlt sich die Buchhandlung der Drukarnia Concordia Sp. Akc., Poznan, ul. Zimierzyniec 6.	

